

Überfällig



Nico Schnurr
über ein Verbot von Dieselfahrzeugen in Innenstädten

Bremer Luft kann krank machen. Auch im vergangenen Jahr belasteten Stickoxide die Stadtluft stärker als erlaubt. Das bleibt nicht ohne gesundheitliche Folgen: Stickoxide greifen die Schleimhäute und den Atemapparat an. Sie gelten als verantwortlich für Herz- und Kreislauferkrankungen. Schlechte Luft erhöht das Krankheitsrisiko und mindert die Lebensqualität einer Stadt.

Niemand will in einer Stadt leben, in der schon etwas derart Selbstverständliches wie das Einatmen von vermeintlich frischer Luft zur Gefahr für die Gesundheit werden kann. Umso alarmierender ist es, dass der Bremer Ruf nach einer stärkeren Stickoxid-Regulierung im Bund auf verschwindend geringen Widerhall gestoßen ist. Denn andere Maßnahmen gegen eine zu hohe Konzentration sind nach dem vorläufigen Aus der Blauen Plakette nicht in Sicht. Bezeichnend, dass aktuell offenbar nur der Rechtsweg Erfolg zu versprechen scheint.

Dabei ist ein Verbot von älteren Dieselfahrzeugen in Städten längst überfällig. Wenn große Städte wie Bremen künftig nicht im Würgegriff des Straßenverkehrs ersticken wollen, muss die Luft für Diesel-Stinker allmählich dünner werden.

Bericht Seite 1
nico.schnurr@weser-kurier.de

Gestohlen



Thomas Spang
über US-Richter Gorsuch

Donald Trump präsentiert den Amerikanern mit seinem Kandidaten für das Verfassungsgericht ein trojanisches Pferd. Hochqualifiziert, charmant und jung, wirkt Neil Gorsuch wie eine ganz vernünftige Wahl für den vakanten Richterstuhl am Supreme Court.

Gorsuch kandidiert für einen Sitz am obersten Gericht der USA, den die Republikaner gestohlen haben. Eigentlich gehörte dieser dem Kandidaten Barack Obamas, Merrick Garland, einem allseits respektierten Bundesrichter. Diesem hatten die Konservativen mit ihrer Mehrheit im Senat ein Jahr lang die Anhörung verweigert. Ein beispielloser Vorgang, dem eiskaltes Machtkalkül zugrunde liegt. Denn für die neun Richterstellen im amerikanischen Verfassungsgericht gibt es eine Lebenszeit-Garantie.

Indem die Republikaner Garland ausbremsen und Trump nun den strammkonservativen, aber vertraglichen Gorsuch präsentiert, stellen sie die 5:4-Mehrheit wieder mehr. Angesichts der vielen hochbetagten Richter könnte Trump darüber hinaus eine weitere Chance bekommen, dem Supreme Court für lange Zeit seinen Stempel aufzudrücken. Ein solches Gericht dürfte sich Trump kaum mehr in den Weg stellen.

Bericht Seite 5
politik@weser-kurier.de



Harm Bengen

Von Wölfen und Menschen



Hendrik Werner
über Raubtiere

Pözlisch sind sie da – und uns, den Menschen, überraschend nah: Raubtiere. Durch Bremen-Borgfeld streift ein Wolf, und im niedersächsischen Mittelgebirge Solling reißt ein Luchs gleich sieben Schafe auf einen Streich. Es gibt noch mehr Beispiele jüngerer Datums mitten aus Deutschland. Wenn den Experten zu trauen ist, wird ihre Zahl weiter steigen. Just wird für Hessen und Nordrhein-Westfalen prognostiziert, dass Wölfe mittelfristig in den dortigen Wäldern heimisch werden; in Brandenburg, wo 22 Rudel leben, sind sie es bereits. Dazu müssen sich Politiker und Jäger, Tierhalter und Naturschützer halten. Denn die Vertreter der ungezähmten und schlechterdings unzählbaren Natur treten überwiegend in einer von Menschenhand gestalteten Landschaft auf. Auf Weiden und Wegen, die unmittelbar an Wohngebiete grenzen, in denen das wirklich wilde Leben bloß als kindgerechtes Einrichtungsaccessoire vorkommt. Dabei bedeutet die Zunahme an Begegnungen zwischen Mensch und Raubtier zwar längst noch nicht, dass die Grenze zwischen Zivilisation und Wildnis porös geworden wäre, und doch sorgt sie für Furcht, zumindest für Unsicherheit.

Nun muss der existenziell irritierte Mensch, diese selbsternannte Krone der Schöpfung, in pragmatischer Hinsicht genau abwägen, welche Kreatur bei welchem Verhalten eine reelle Bedrohung darstellt – und welche nur ein befremdlicher Anrainer ist, den man zugleich respektiert und meidet. Eine Auffrischung des entsprechenden

Problembewusstseins tut ohnehin not. Als ein wanderlustiger Braunbär im Jahr 2006 Nutztiere im bayerisch-österreichischen Grenzgebiet attackierte, als Bedrohung auch für Menschen eingestuft und zum Abschuss freigegeben wurde, gab es hierzulande zwar verheißungsvolle Ansätze zu einer Debatte über Nutzen und Nachteil räuberischer Tiere für einträchtiges Zusammenleben. Aber sowohl die mögliche Benennung des Tieres (Bruno) als auch seine denkwürdige Etikettierung (Problembar) durch Medien und Politik arbeiteten der erneuten Mystifizierung dieses Geschöpfes der Wildnis zu statt einem

Putzige Namen wie Paddington und Petzi gehören in die Literatur.

Diskurs über zu setzende Grenzen. Merke: Nur Tiere, die es literarisch oder im Zoogehege zu etwas bringen sollen, tragen putzige Namen wie Baloo und Pooh, Paddington oder Petzi. Alle anderen Viecher sind gefährlich – und sei ihr Pelz noch sooo weich. Weil es ihre Natur ist. Weil sie nur im Reich der Fabel domestizierbar sind.

Apropos: Der Einbruch des Realen erfolgt zu einer Zeit, da die Fauna in unseren Breiten zwar häufig, aber fast ausschließlich in symbolisch verbrämter Gestalt ertört wird. Seit Beginn der Finanzkrise ist in den Medien, an Stammtischen und vorgeblich progressiven sozialwissenschaftlichen Fakultäten verstärkt die Rede von Raubtierkapitalismus, Heuschrecken und Immobilienhaien. All das zweifellos in allegorischer

Absicht, sozusagen als neoliberale Spielart einer Fabel neuen Typs, von der sich literarische Gattungsfachleute wie Aesop und Lessing naturgemäß noch keinen Begriff machen konnten. Dementsprechend war es zuletzt ironischerweise die Gier des Menschen, die zu seiner rhetorischen Vertierung führte – und zwar in Form der dem Komödiendichter Plautus abgelauchten Weisheit, der zufolge der Mensch dem Menschen ein Wolf sei („Homo homini lupus“). Dabei ist es uns andere Mal in Vergessenheit geraten, dass Natur mitnichten ein redensartliches Abstraktum ist, sondern eine rohe Realität. Deren kulturelle Modellierung in Gestalt von Plüschbärchen einerseits und moralischen Lehrstücken über Löwen und Lämmer andererseits darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass ein Reißzahn mehr ist als eine Metapher.

Jüngst lief im Kino „Wild“, ein Drama der Regisseurin Nicolette Krebitz, das nach Art einer Parabel den Blick auf Risiken, Nebenwirkungen und Binnendifferenzen des Themas schärft: In einem Stadtpark steht die Hauptfigur, eine Frau namens Ania, einem Wolf gegenüber. Mensch und Tier sehen einander direkt in die Augen. Ania wähnt nach dieser surrealen Begegnung, ihr bisheriges Leben sei sinnlos gewesen. Ihr bald in eine Manie mündender Wunsch, sich mit dem Wolf zu vereinigen, führt zu einer Wesensänderung: Ania fängt die Kreatur, macht sich zu ihrer Geliebten – und lebt mit ihr in einer, nun ja, wilden WG-Partnerschaft. Die Moral von der Geschichte: Tu derlei besser nicht. Tiere sind Tiere. Der Mensch, ein abgefallenes und entfremdetes Stück Natur, sollte sich der Wildnis nicht anheischig machen, sondern dafür sorgen, dass es abgesteckte Lebensräume für alle gibt.

hendrik.werner@weser-kurier.de

Kölner Stadt-Anzeiger

über Türken in Deutschland: „Erdogan ist für leider nicht wenige Deutschtürken ein Mann, den sie bewundern, der sie stolz macht, Türke zu sein, weil er es den Europäern gezeigt hat, wie sie sagen. Dass sie jetzt der Gleichschaltung der Verfassungsorgane und Einschränkung der freien Justiz in der Heimat ihrer Eltern oder Großeltern das Wort reden, mag auch ein Stück Beleg für die Unkenntnis demokratischer Errungenschaften sein. Für ihren persönlichen Rechtsrahmen in Deutschland würden sie das vermutlich nicht akzeptieren.“

Lübecker Nachrichten

über Merkels Besuch in der Türkei: „Merkels Besuch in Ankara ist kein Kotau vor Erdogan, um das Flüchtlingsabkommen zu retten, sondern Ausdruck beiderseitigen Interesses. Wäre demokratische Vollkommenheit Bedingung für Auslandsbesuche, würde der Regierungsflyer in Berlin selten abheben. Aber die Welt ist, wie sie ist: reich an politisch wie moralisch höchst fragwürdigen Staatenlenkern. Ihnen das Gespräch zu verweigern, mag die eigene Integrität unter Beweis stellen und ein gutes Gefühl vermitteln. Besser wird dadurch aber nichts.“

Hessische Nieders. Allgemeine

über die Verhaftung von Terrorverdächtigen: „Welch ein Gegensatz: Während der neue US-Präsident mit rechtsstaatlich zweifelhaften Methoden und pauschalen Verdächtigungen sein Land gegen Terroristen zu schützen behauptet, demonstrieren Polizei und Staatsanwaltschaft bei uns Professionalität und Entschlossenheit. Razzien, Festnahmen und Verhaftungen verunsichern die Extremistenszene und erhöhen das Sicherheitsgefühl der Bürger. Der Rechtsstaat ist wehrhaft, lautet die Botschaft.“



Dieses Symbol kennzeichnet **Augmented-Reality-Effekte**. Mit Ihrem Smartphone, Tablet und der App **WESER-KURIER Live** können Sie digitale Inhalte abrufen.

WESER KURIER
TAGESZEITUNG FÜR BREMEN UND NIEDERSACHSEN
Bremer Nachrichten
WESER-ZEITUNG - DIE NORDDEUTSCHE
Verdener Nachrichten
TAGESZEITUNG FÜR STADT UND KREIS VERDEN

Bremer Tageszeitungen AG
Martinistraße 43, 28195 Bremen
Chefredaktion: Moritz Döbler (v.i.S.d.P.), Silke Hellwig
Geschäftsführende Redakteure:
Alexandra-Katharina Küttemeyer, Christian Wagner
Chefredakteur: Jürgen Hinrichs - Chefredakteur Kultur/Medien:
Dr. Hendrik Werner - Politik: Joerg Helge Wagner
Bremen/Niedersachsen: Mathias Sonnenberg - Wirtschaft:
Philipp Jaklin - Kultur: Iris Hetscher - Sport: Marc Hagedorn
Regionales: Antje Borstelmann, Michael Brandt,
Bernhard Komesker (komm.) - Leiter Zentralredaktion: Markus Peters
Leiter Sonderthemen: Stefan Dammann - Art-Direktor:
Franz Berding - Büro Berlin: Steven Geyer (Leitung)
Büro Hannover: Peter Mlodoch - Büro Hamburg: Mona Adams

Bezugspreis bei Zustellung im Bremer Wirtschaftsraum monatlich 33,40 € einschließlich 7% USt.

Für den Anzeigenteil verantwortlich:
David Koopmann, Tanja Bittner, Markus Djürken
Anzeigenpreise und -bedingungen nach Preisliste Nr. 71.

Öffnungszeiten Kundenzentrum im Pressehaus Bremen:
montags bis freitags von 9 bis 18 Uhr, sonnabends von 9.30 bis 14 Uhr. Telefonisch erreichen Sie uns montags bis freitags von 6.30 bis 18 Uhr, sonnabends von 7 bis 12 Uhr und sonntags von 8 bis 12 Uhr. Öffnungszeiten unserer regionalen Zeitungshäuser entnehmen Sie bitte Ihrer beigefügten Regionalausgabe.

Verlag: 0421/36710 Telefax: 0421/36711000

Abonnenten-Service:
Telefon: 0421/36716677 Telefax: 0421/36711020
E-Mail: abonmentenservice@weser-kurier.de
abonmentenservice@bremer-nachrichten.de

Nachliefer-Service: (bis 11 Uhr):
Telefon: 0800/3671222
*Kostenlos aus dem Festnetz, Mobilfunktarife können abweichen

Redaktion
Telefon: 0421/36710 Telefax: 0421/36711000
E-Mail: redaktion@weser-kurier.de
redaktion@bremer-nachrichten.de

Anzeigenannahme:
Telefon: 0421/36716655
Telefax: 0421/36711100 (Anzeigen)
Telefax: 0421/36711010 (Kleinanzeigen)
E-Mail: anzeigen@weser-kurier.de
anzeigen@bremer-nachrichten.de

Lars Niggemeyer über betriebliche Altersvorsorge

Um die Beitragssätze niedrig zu halten, hatte der Gesetzgeber Anfang des Jahrtausends entschieden, das Niveau der gesetzlichen Rente abzusenken und stattdessen private Vorsorge zu fördern. Doch das Ergebnis ist ein Flop: Die Hoffnung, die Lücken bei der gesetzlichen Rente über den Kapitalmarkt schließen zu können, hat sich nicht erfüllt. Die Prognosen für die Zukunft sind düster. Ein typisches Beispiel für die aktuelle Lage: Ein Beschäftigter des Jahrgangs 1963, der ein Einkommen von 2500 Euro brutto erreicht und 40 Jahre in die Rentenversicherung eingezahlt hat, würde im Jahr 2030 eine gesetzliche

Rente von etwa 800 Euro bekommen. Das würde bei Weitem nicht reichen, um seinen bisherigen Lebensstandard zu halten. Heute betrüge seine Rente noch rund 900 Euro und im Jahr 2000 hätte sie noch einen Wert von über 1000 Euro gehabt. Da ungefähr jeder dritte Beschäftigte weniger als 2500 Euro verdient, droht in Zukunft Millionen Menschen eine Rente auf oder unter Hartz-IV-Niveau.

Wenn nichts geschieht, ist die weitere Absenkung des Rentenniveaus unausweichlich, denn das steht im Gesetz. Wer einer solchen Entwicklung tatenlos zusieht, zerstört die gesellschaftliche Akzeptanz der gesetzlichen Rentenversicherung und langfristig auch das Vertrauen in den Sozialstaat und die Demokratie.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern deshalb einen Kurswechsel. Sie setzen sich dafür ein, dass die Rente auch in Zukunft für ein Leben in Würde

im Alter reicht. Denn auch die heute Jüngeren sollen auf eine gute Rente vertrauen können. Als Erstes muss das gesetzliche Rentenniveau stabilisiert werden. Langfristig muss das Rentenniveau wieder steigen. Zudem ist auch die betriebliche Altersvorsorge zu stärken und auszuweiten.

Nach Zahlen der Bundesagentur für Arbeit verfügen nur 60 Prozent der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten über eine betriebliche Altersvorsorge. Vor allem Geringverdienenden und Beschäftigten in kleinen und mittleren Betrieben fehlt diese häufig. Der Gesetzgeber sollte dafür sorgen, dass Tarifverträge zur betrieblichen Altersvorsorge leichter als bisher allgemeinverbindlich werden können.

Auch Unternehmen, die bisher keine Tarifbindung hatten, müssen sich dann an die Regelungen halten. Das nützt vor

allem Arbeitnehmern mit geringem Einkommen, die besonders dringend auf eine zusätzliche Betriebsrente angewiesen sind. Klar ist aber auch: Die von der Bundesregierung aktuell geplanten Verbesserungen bei Betriebsrenten dürfen nicht als Alibi missbraucht werden, um das gesetzliche Rentenniveau weiter sinken zu lassen.



Unser Gastautor
ist Abteilungsleiter Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik beim DGB Niedersachsen - Bremen - Sachsen-Anhalt.

Namentlich gekennzeichnete Kommentare geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Millionen Menschen droht Rente unter Hartz-IV-Niveau